

DIE HEIMSTÄTTE

Monatsschrift für das

Heimstättenwesen

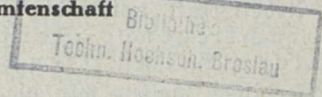
Organ des Heimstättenamtes der deutschen Beamenschaft e.V.



Organ der Beamtenbausparkasse Heimstättengesellschaft der deutschen Beamenschaft m.b.H.

BERLIN NW 87 LESSING-STR. 11

HERAUSGEBER: JOHANNES LUBAHN



Nummer 1

Januar 1930

7. Jahrgang

Wer trägt die Verantwortung? Arbeitslose und Wohnungslose fordern Entscheidung.*)

Johannes Lubahn.

Alfred kam Anfang Dezember zu uns und bettelt. Bis dahin war er uns unbekannt. Alfred war 20 Jahre alt und kräftig. Meine Frau sagte: „Sie sollten doch arbeiten.“ Alfred erwiderte: „Von Herzen gern, aber ich habe keine Arbeit“. Er erzählte: Im Sommer mußten er, seine Mutter, seine unverheiratete Schwester und der zukünftige Schwager, dazu das kleine Kind der beiden Letzteren das heimatlische Dorf verlassen, weil der Gutsherr für billigeres Geld polnische Arbeiter annahm. Die Werkwohnung mußte aufgegeben werden. Irgendwelche neue Arbeit war im Dorf nicht zu finden. Sie gingen nach Berlin. Auch hier bekamen sie nicht die sehnüchtlig gesuchte Arbeit. Als neue Einwanderer bekamen sie auch keine Arbeitslosenunterstützung. „Aber wenigstens können wir hier betteln“, sagte Alfred. Wie ungern tat er das und ebenso, wie er versicherte, seine Angehörigen. Aber sie mußten doch leben. In einem kleinen Gasthaus in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofes wohnten die vier und das kleine Kind in einem Zimmer. Dafür mußten täglich vier Mark gezahlt werden. Die mußten zuerst erbettelt werden.

Alfred erhielt von meiner Frau vorübergehend Beschäftigung: Gartenarbeit, Holzhacken. Die Arbeit flog nur so. Er sang und piffte und war guter Dinge. Wie traurig war er und auch wir, als wir ihm keine Arbeit mehr geben konnten, und er wieder zu betteln gezwungen war.

Eine gute Menschenkraft lag wieder auf der Straße, ohne Arbeit! Wie lange noch froh und gut? Im Schicksal des einzelnen Menschen liegt nur zu häufig die Schuld der Gesamtheit. Aber der einzelne bricht unter der Last seines Schicksals zusammen.

Man muß die Arbeitslosigkeit an einem Menschen einmal mitempfinden haben, um den ganzen Jammer der Arbeitslosigkeit zu erkennen.

Mitte Dezember 1929 wurden rund 1 600 000 Arbeitslose gezählt, die unterstützt wurden. Mit den Arbeitslosen ohne Unterstützung hatten wir

über zwei Millionen Arbeitslose.

In den Sommer- und Herbstmonaten 1929 mußten ständig 100 000 bis 200 000 Arbeitslose mehr unterstützt werden als 1928! Sachkundige Kreise weisen darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit noch stärker werden wird.

Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell schreibt in einem Rückblick und Ausblick zur Jahreswende, daß die Gesundheit und die Arbeitskraft das kostbarste Gut unseres Volkes sei. Rudolf Wissell sagt hier ein sehr wahres Wort. Förderung und Schutz der Arbeit ist heute die vornehmste Pflicht der Gesetzgebung und Verwaltung. Das Reichskabinett trägt hier eine hohe Verantwortung, besonders der Reichsarbeitsminister. Wir wissen alle, daß die Arbeitslosenversicherung nicht das letzte Wort sein darf.

Wird die Arbeitslosigkeit nicht überwunden, dann gehen Gesundheit und Arbeitskraft unseres Volkes verloren. Dann graben wir unserem Volke das Grab. Soweit der verantwortliche Gesetzgeber Hilfe bringen konnte, und es nicht getan hat, ist er in erster Linie der Totengräber.

Wer von einer Verkürzung der Arbeitszeit redet und glaubt, damit allein die Arbeitslosigkeit zu überwinden, handelt sehr oberflächlich. Gute edle Arbeitskraft liegt dann in anderer Gestalt brach.

Diejenigen, die darauf hinweisen, daß heute hunderttausend weibliche Kräfte mehr im Erwerbsleben stehen als in der Friedenszeit, sehen schon tiefer. Aber weshalb haben wir so viele weibliche Arbeitskräfte im Erwerbsleben? Die Arbeitslosigkeit führt zur Angst vor der Ehe. Nicht allein die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Schlimmer als die Not ist häufig die Angst vor der Not.

Die Angst vor der Not ist auch in erster Linie schuld an dem so gewaltigen Geburtenabsturz in unserem Volke, wie ihn bisher noch kein Kulturvolk der Erde durchgemacht hat. **Not und Angst vor der Not treiben unser Volk zur Hoffnungslosigkeit.** Hoffnungslosigkeit ist Feigheit. Not und Angst vor der Not töten unser Volk.

Recht auf Arbeit ist weit besser als Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Einen entscheidenden Weg zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit zeigt die

Bodenreform.

Gelegentlich unserer Ostpreussischen Heimstättentagung besichtigten wir die neue Siedlung Lauth an der Grenze von Königsberg. Die Siedlung umfaßt 650 Morgen. Ihr früherer Besitzer hat das Gutshaus und 45 Morgen zurückbehalten. Die „Ostpreussische Heimstätte“, die das Gut aufschloß, schuf auf dem freierwerbenden Lande: 4 bäuerliche Stellen, 15 Gärtnerstellen, 28 Landarbeiterstellen und 100 Wohnstätten für städtische Arbeiter in 50 Zweifamilienhäusern mit je 1/2 Morgen Land. Vor der Besiedlung wohnten der Gutsherr und sieben ständige deutsche Arbeiterfamilien auf diesem Stück unseres Vaterlandes, jetzt wohnen statt der sieben Arbeiterfamilien auf ihm 147 deutsche Familien. Bodenreformersche Siedlung verhindert den ungesunden Zuzug nach der Großstadt. Ein Blick auf solche Bodenreformarbeit ist Freude und Hoffnung!

Solange noch ungeheures Land in gleicher Weise der Besiedlung harret, solange wir in unserem Volke noch viele 1000 qkm **Waldland** haben, darf eine gute kraftvolle Gesetzgebung die Arbeitslosigkeit nicht aufkommen lassen.

Die Bodenreform in der Stadt ist ebenso wichtig. Wir haben rund

eine Million Wohnungslose.

Gleich verheerend wie die Arbeitslosigkeit ist die Wohnungslosigkeit. Der Satz ist

*) Nachdruck erwünscht.

richtig: wir haben Wohnungslosigkeit, weil wir Arbeitslosigkeit haben und wir haben Arbeitslosigkeit, weil wir Wohnungslosigkeit haben. Wer jetzt die Wohnungslosigkeit überwindet, überwindet auch die Arbeitslosigkeit.

Wir kennen den Segen selbst der kleinsten Heimstätte: Gesundheit, Freude, Hebung der Arbeitskraft, Kinderland! Dazu tritt gerade jetzt Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Anstatt in der Fabrik und in den Büroräumen findet die Frau die beste Betätigung im Heimstättengarten. Der Arbeitsmarkt wird entlastet.

Wir wissen auch, daß zum Heimstättenbau in erster Linie Arbeitskraft notwendig ist. Sollte es unmöglich sein, brachliegende Menschenkraft dem notwendigen Heimstättenbau zuzuführen?

Allerdings wollen wir die verantwortlichen Stellen darauf hinweisen, welche

ungeheure und unverantwortliche Verschwendung heute beim Bau von Heimstätten geübt wird. Wenn 3. B. in unseren Städten die Gesamtkosten von Bau und Boden für eine einfache Heimstätte 12 000 Mark betragen, so ist wohl nicht zu viel gesagt, daß hiervon 2000 Mark für das Land angelegt werden müssen. In vielen Fällen ist der Betrag noch weit höher. Diese 2000 Mark werden der deutschen Arbeitskraft vorenthalten. Öffentliche Mittel, wie die Mittel der Hauszinssteuerhypotheken, müssen ebenfalls dazu dienen, den arbeitslosen Nutznießer dieser 2000 Mark zu befriedigen. Und wenn wir nur 1000 Mark hochverzinsliches Geld ersparen können, so bedeutet das in unserer kapitalarmen Zeit außerordentlich viel! Bei Annahme von nur 1000 Mark wäre das bei 100 000 Heimstätten eine Ersparnis von 100 Millionen Mark.

Schaffung billigen Wohnbodens ist die erste Vorbedingung billigen Bauens.

Am 21. Mai 1930 werden es 10 Jahre, daß der Reichsarbeitsminister den „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ unter Vorsitz von Dr. Adolf Damaschke eingesetzt hat. Bald werden es 10 Jahre, daß wir in diesem Ständigen Beirat das

Wohnheimstättengesetz

ausgearbeitet haben. Durch das Wohnheimstättengesetz erhält jede Gemeinde zur Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung billigen Grund und Boden. Der Gesetzesentwurf ist mit Hilfe der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen entstanden. Die ersten Sachverständigen fordern dringend das Gesetz. Der Deutsche Reichstag nahm am 5. Mai 1926 folgenden Antrag an: „Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald ein Wohnheimstättengesetz im Sinne des Entwurfs des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsmini-

sterium“ vorzulegen.“ 243 Abgeordnete stimmten mit ja, 136 mit nein. Am 26. Juni 1929 wiederholte der Deutsche Reichstag seinen Willen zur baldigen Vorlegung des Wohnheimstättengesetzes durch eine zweite Entscheidung.

Trotzdem ist das Wohnheimstättengesetz im Sinne des Ständigen Beirats bis zum heutigen Tage dem Reichstag noch nicht vorgelegt worden! Keine Regierungspartei darf hier die Verantwortung auf die andere schieben. Es ist bestimmt anzunehmen, daß viele Reichstagsabgeordnete der Parteien, die nicht der jetzigen Koalitionsregierung angehören, für das Gesetz stimmen werden. Hier ist jede Rücksichtnahme auf die kleinen, aber leider heute noch immer mächtigen Interessentengruppen für die Zukunft unseres Volkes geradezu verhängnisvoll. Das deutsche Volk erwartet jetzt eine klare, eindeutige Entscheidung.

Das Jahr 1930 ist in vielfacher Hinsicht das Jahr der Entscheidungen. Es soll und muß uns auch die Entscheidung bringen, ob die Koalitionsparteien den Mut haben, das Wohnheimstättengesetz im Sinne des Ständigen Beirats vorzulegen, oder ob durch Rücksichtnahme auf diese oder jene Gruppe die Vorlegung nicht stattfindet. Unser deutsches Volk kann nur in organischer Entwicklung wieder gesunden. Wehe, wenn diese organische Entwicklung eines Tages gewaltsam gestört wird. Die Schuld tragen dann die Kreise, die nicht zur rechten Zeit das rechte getan haben. Das Heer der Arbeitslosen, das Heer der Wohnungslosen wird dann gegen die jetzt verantwortlichen Kreise den bitteren Ruf erschallen lassen:

Wir klagen an!

Es wird dann keine Zeit sein, die Verantwortung abzuwälzen.

Wir möchten heute zu Anfang des Jahres der Entscheidung 1930 dem Herrn Reichsarbeitsminister das Wort zurufen: Werden Sie hart, rücksichtslos. Die Besten unseres Volkes werden an Ihrer Seite stehen, wenn Sie mit unbeugsamem Willen die Vorlegung des Wohnheimstättengesetzes im Sinne des Ständigen Beirats verlangen und damit den ersten großen Schritt tun zur planmäßigen Ueberwindung von Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit.

Wir wollen dann wieder hoffen lernen. Der Glaube in unserm Volk wird wieder aufgerichtet werden. Der Arbeitslosigkeit stellen wir dann wieder gegenüber das Recht auf Arbeit, der Wohnungslosigkeit das verfassungsmäßig verbürgte Recht auf Heimstätten, der Hoffnungslosigkeit den Glauben an den Sieg der besten Kräfte in unserm Volke, den Glauben an ein neues deutsches Vaterland, in dem jeder, der arbeitet, ehrliches Brot und eine gesicherte Heimstätte findet.

Ostpreußische Heimstättentagung in Königsberg.

Von F. Legatis.

Siedlung, d. h. Gemeinschaft der Menschen in ihren Heimstätten — wie weit sind unsere Städte von dieser Möglichkeit des Wohnens entfernt. Siedlung soll Heimstätte bieten und damit Grundlage zur Gemeinschaft, zur Volk-Bildung. Wird die an die Scholle gebundene und mit dem Garten in die Scholle hineinwachsende Wohnstätte durch spekulationsgebundene Massenhauspolitik verdrängt, so wird damit die natürlichste Grundlage volklichen Gemeinlebens zerstört und ersetzt durch das Massengrab in der Betonstadt: Gräberfeld für Körper, Seele, Jugend des arbeitsgermürbten Zeitgenossen.

Es ist ein Aberglaube, daß Siedlung im Flachbau mit Garten durch die ökonomische Entwicklung „naturnotwendig“ überholt sei wie die Postkutsche durch Schienenweg und Motor. Alle Politik und „Ökonomie“ wird zum Fluch, wenn ihr nicht der Mensch — Zweck ist. „Wirtschaft“ ist Dienst am Menschen oder Brutalität, wenn sie ihn zum bloßen Mittel abwürdigt. Darum, wenn heute die industrielle Entwicklung menschliche Arbeitskraft, körperliche und seelische Besitztümer bis zum äußersten erschöpft, kann die modernste ökonomische Forderung nur sein: rationelle Erholung für jeden Hand-

und Kopsarbeiter in gesunden Heimstätten, in gesunder Umgebung. Diese ökonomische Forderung, die ja gleichzeitig eine eminent sittliche ist, kann nicht durch irgend eine wie immer auch begründete „Kalkulation“ erschüttert werden. Der Volkswirt, der ihre Berechtigung verkennet, begeht dieselbe Sünde, als wollte er einen Betrieb führen ohne Rücklagen und Abschreibungen. Es ist dienlich, auch unter dem Königtum des Rechenstiftes sich des unendlichen Wertes gesunden Menschentums und des explosiven Untergrundes einer im Seelischen kranken Ökonomie zu erinnern.

Heim-Stätten-siedlung, eine Notwendigkeit im industriellen Westen wie im Osten der Großlandwirtschaft. Der Osten ist das den Deutschen gegebene Siedlungsgebiet mit seinen 58 Menschen auf den Quadratkilometer, gegen 127 im Reichsdurchschnitt (und 50—75 im angrenzenden Polen!). Und trotz der fast grenzenlosen Weite der Siedlungsmöglichkeiten dasselbe Wohnungselend, ja schlimmeres als im Westen, denn es wird durch den primitiven Lebensstandard, erwachsen aus den hierzulande noch üblichen unsozialen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, vermehrt! Ostpreußen fehlen noch 30 000 Wohnungen und

70 000 sind noch nach den milden Maßstäben der Baupolizei unzulänglich für Wohnzwecke. Also 100 000 Familien kein zureichendes Unterkommen! Was Wunder, wenn 20 000 Ostpreußen jahraus, jahrein den Wanderstab ergreifen, heimatlos. — Heim-Siedlung tut not, auch in der endlosen Weite ostdeutschen Landes, ja vor allem hier!

Es waren solche Gedanken, die uns bei der Vorbereitung und Durchführung des ostpreußischen Heimstättentages bewegten. Die Tagung, getragen vom Heimstättentagamt der deutschen Beamenschaft, war als Führertreffen organisiert und sammelte rund 300 Männer und Frauen, die in Behörden, Gewerkschaften, Siedlungsorganisationen und Gesinnungsgemeinschaften in der Siedlungsarbeit tätig sind unter dem Ehrenvorsitz unseres verehrten Freundes Dr. Damaschke und seines Mitkämpfers Lubahn. Erfreulich war die starke Anteilnahme der ostpreußischen Behörden und Gemeinden unter der Führung des Oberpräsidenten der Provinz, der drei Regierungspräsidenten und des Ostpreußischen Städtetages. Die Delegierten der beiden Beamten-Spitzengewerkschaften (D.B.B. und A.D.B.), des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, der organisierten ostpreußischen Kleingärtner, der Bodenreformer u. a. bildeten den Kern der Tagung, die eine besondere Förderung durch die Ostpreußische Heimstätte und ihren verdienten Leiter, Direktor Adolny, erfuhr. Die offizielle Beteiligung der Stadt Königsberg gab der Tagung einen besonders angenehmen Rahmen.

Die Tagung fand am 2. und 3. November 1929 im Sitzungssaal des Landeshauses in Königsberg statt. Nach der Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den Berichterstatter ergriff das Wort:

Oberpräsident Dr. h. c. Siehr.

Im Namen der Provinz Ostpreußen begrüße ich die Teilnehmer der Ostpreußischen Heimstättentagung auf das herzlichste. Gerade für die Provinz Ostpreußen gewinnt die Frage der Bodenverteilung und Bodenausnutzung, und damit einer planmäßigen Entwicklung des Wohnungsbauwesens, durch ihren Charakter als getrennte Grenzprovinz mit geringer Bevölkerungsdichte und schwach entwickelter Eigenwirtschaft, besondere Bedeutung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn das deutsche Volk sich diese schöne Provinz auf die Dauer erhalten will, eine

Verdichtung der Bevölkerung und eine Stärkung deutscher Kultur

in ihr erreicht werden muß. Dieses Ziel kann wiederum nur durch Steigerung des Wirtschaftslebens der Provinz erreicht werden, und hier steht in einer so stark agrarischen Provinz wie Ostpreußen die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Gütererzeugung im Vordergrund. Damit gelangt man zwangsläufig dazu, das ländliche Siedlungswesen und seine Förderung in die erste Reihe zu stellen. Freilich darf man sich nicht darauf beschränken, das einzige Mittel zur Besserung in dem bäuerlichen Siedlungswesen zu erblicken, sondern wird auch der Kleinsiedlung in jeder Form einschließlich des Landarbeiterwohnbaus besonderes Gewicht beilegen. Hier ist gerade in letzter Zeit viel gesehen, und es werden jetzt die Landarbeiterwohnungen fast ausschließlich in der Form von Reichsheimstätten ausgegeben. Allerdings mußte hierfür ein besonderer Anreiz dadurch geschaffen werden, daß mit der Ausgabe als Reichsheimstätte die Gewährung eines Zusatzdarlehens verbunden wird.

Es bedarf aber kaum einer besonderen Hervorhebung, daß daneben die Selbsthaftmachung der übrigen Bevölkerung und Wirtschaftskreise eine der wichtigsten Aufgaben sein muß, und gerade für die Kreise, die Sie heute hier vertreten, gewinnt der Grundgedanke ihrer Tagung: „Wie kommt der Arbeitnehmer zu einer Heimstätte“ seine ganz besondere Bedeutung. Wer die Geschichte der inneren Kolonisation aus den Anfängen ihrer Entwicklung her kennt, wird wissen, daß

die Kleinsiedlung zwar das schwierigste, aber auch das wichtigste Problem der inneren Kolonisation ist,

ein Problem, das nicht wie die Wohnungsnot zeitlich begrenzt erscheint, sondern, solange es eine lebendige und sich stets verschiebende Wirtschaft in Deutschland geben wird, als wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Auf-

gabe bestehen bleiben wird. Für Ostpreußen bildet diese Aufgabe der Heimstättenfiedlung das Kernproblem des Siedlungswesens überhaupt. Es gilt, der sonst abwandernden Bevölkerung neue Lebens- und Verdienstmöglichkeiten in der ostpreußischen Heimat zu schaffen und die Lebensfähigkeit der kleinen Städte und Gemeinden zu stärken. Das kann am besten geschehen, indem man um sie herum und in räumlicher Verbindung mit ihnen kleine und größere Siedlerstellen schafft, auf denen den Siedlern die verschiedensten, mit der Arbeit am Grund und Boden zusammenhängenden Verdienstmöglichkeiten geboten werden, so daß sie — mit oder ohne Lohnarbeit — ihr Auskommen haben und als Erzeuger wie als Verbraucher geeignet sind, die Eigenwirtschaft der kleinen Wirtschaftszentren, an die sie sich anlehnen, zu erhalten und zu stärken.

Durch Erlaß des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom Februar 1928 ist bereits darauf hingewiesen, daß die Mittel aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in erster Linie für Flachbauten und Eigenheime mit Gartenzulage zu verwenden sind. Diese Bereitwilligkeit der Staatsregierung, in erster Linie Kleinsiedlungen zu fördern, läßt die Hoffnung zu, daß in der hiesigen Provinz eine organische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in die Wege geleitet wird. Ganz besonders möchte ich bei dieser Gelegenheit der wertvollen Tätigkeit der Ostpreußischen Heimstätte gedenken, die ihre Aufgabe in ganz vorbildlicher Weise gelöst hat, und die als erste neben der städtischen die ländliche Kleinsiedlung und die vorstädtische Siedlung in richtiger Erkenntnis der hier vorliegenden Notwendigkeit gefördert hat.

Landesrat Scheibert

überbrachte alsdann den herzlichen Gruß des Landeshauptmanns Dr. Blunck, der sich freue, die Tagung durch Bereitstellung der Räume des Landeshauses fördern zu können. Er wies kurz darauf hin, daß auf Anregung des letzten Provinziallandtages durch die Landesversicherungsanstalt der Provinz Ostpreußen erhebliche Mittel besonders für Landarbeiter-Eigenheime bereit gestellt seien.

Als Vertreter der Stadt Königsberg ergriff sodann

Bürgermeister Dr. Goerdeler

das Wort und begrüßte besonders Dr. Damaschke im Namen des Oberbürgermeisters. Ihm selbst habe das Problem der Zusammenballung der Menschenmassen in den Großstädten mit den daraus sich entwickelnden Gefahren von Anfang seiner kommunalen Laufbahn an beschäftigt. Die Entfernung und Entwurzelung des Menschen vom Boden müsse bekämpft werden. Die Frage des gesunden Bauens sei belastet mit der für den Städtebau sehr wesentlichen Frage einer weitichtigen und vernünftigen Grundstückspolitik. In der Gegenwart dränge sie sich zusammen in der Frage der Finanzierung. Möge es sich um Geländebeschaffung, Straßenbaukosten, Baugelder und Hypothekenbeschaffung handeln: wo man auch das Problem anpasse, überall zeige sich heute die Schwierigkeit in der Lage unserer Wirtschaft und der Finanzierung. Die Stadt Königsberg werde, wenn praktische Wege zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten gezeigt würden, besonders dankbar sein.

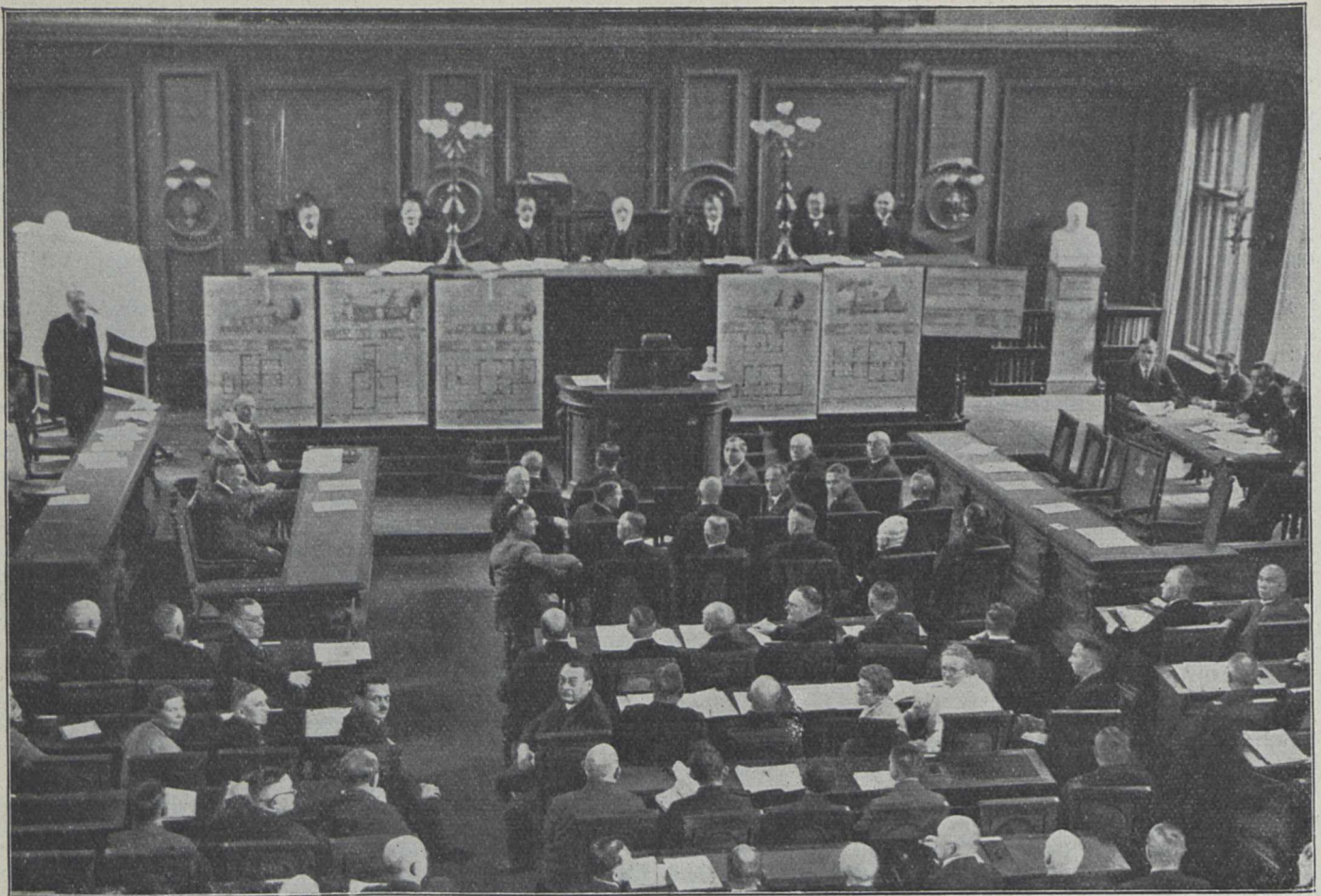
Unser Freund

Johannes Lubahn,

dem der Vorsitzende besonders herzliche Worte des Willkommens als dem Schöpfer und Organisator der Beamtenheimstättenbewegung entboten hatte, erwiderte nun die Grüße und erinnerte daran, daß die Reform des Bodenrechts eine Frage von höchster sittlicher Bedeutung sei. Die Sympathien des ganzen Reiches gehörten Ostpreußen. Aber wenn Ostpreußen so urdeutsch bleiben soll, wie es ist, dann muß ostpreußisch Volk innig mit seinem Boden verbunden sein und bleiben, dann muß es eine gesicherte deutsche Heimstätte erhalten, mit der man nach den Worten des Reichspräsidenten Hindenburg nicht Handel und nicht Wucher treiben könne.

Dr. Damaschke

war von dem vorbereitenden Ausschuss gebeten worden, den Ehrenvorsitz der Tagung zu führen. Er ergriff nunmehr, von stürmischem, langanhaltendem Beifall begrüßt, das Wort zu seinem Vortrag:



Ostpreussische Heimstättentagung

Am Vorstandstisch von links nach rechts: Gallenberg, Remmers, Lubahn, Dr. Damaskhe, Legatts, Queffer

„Der Heimstättengedanke in Vergangenheit und Gegenwart“.

Der ganze Ernst und die ganze Dringlichkeit des Problems wurde von dem Redner mit seiner eindringlich packenden, von idealem Willen durchglühten Beredtsamkeit aufgezeigt.

Bodenreform ist die wirtschaftliche Gesamtanschauung, die zwischen dem Kommunismus und dem Mammotismus, dem rücksichtslosen Individualismus, die rettende Versöhnung finden will. Von dem Verhältnis, in dem ein Volk zu seinem Vaterlande steht, hängt zuletzt sein Schicksal ab.

Stadt und Land hängen untrennbar zusammen.

Auch in den Städten ist keine dauernde Gesundung möglich, solange die Abwanderung vom Lande fortwährend neue Menschenmassen in die Städte führt. Von 1919 bis zum 1. Juli 1925 sind allein aus Ostpreußen 158 000 Menschen abgewandert, und die Zahlen dieser Abwanderung sind noch im Steigen begriffen. Es müssen tiefe soziale Ursachen sein, die eine solche volkswirtschaftliche Erscheinung hervorrufen.

Ich möchte an dieser Stelle dem ostpreussischen Großgrundbesitz in aller Offenheit ein sehr ernstes Wort sagen.

Überall in Mitteleuropa haben die Landarmen und landlosen Menschen Land erhalten. Gewiß, die Bodenreform ist in diesen neuen Staaten oft verzerrt mit nationalistischen Gedanken, sie ist brutal durchgeführt, und die deutsche Bodenreform, die Mutter des Bodenreformgedankens in Europa, legt ausdrücklich Verwahrung ein gegen eine solche Verzerrung ihrer großen Gedanken des sozialen Friedens und der Versöhnung. Aber auf der andern Seite steht die Tatsache, daß es unmöglich ist, daß Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, die Grenzmark und Schlesien das einzige Großgrundbesitzerland in Europa bleiben können. An unsern östlichen Grenzen sind 220 000 neue Bauernhöfe entstanden, denen wir nur 12 000 entgegenzusetzen haben! Auch in Ostpreußen wird die

Bodenreform durchgeführt, und es ist nur die Wahl, ob es schrittweise, organisch, friedlich geschehen kann oder in Stunden der Verzweiflung gewalttätig, blutig. Der erste Schritt zu einer Besserung auf dem Lande muß darin bestehen, daß

auch der kleinste Mann auf dem Lande eine Hoffnung haben kann, eine gesicherte Heimstätte zu gewinnen und bei Fleiß und Sparsamkeit sich in die Höhe zu arbeiten.

In den Städten ist das Wohnungselend nicht nur eine Folge des Krieges, auch im reichen Deutschland war die Not furchtbar. Am 2. Dezember 1905 gab es 3. B. nach der amtlichen Wohnungsaufnahme

in Königsberg 4630 Wohnungen,

die nur ein einziges heizbares Zimmer hatten, aber von 6—13 Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts dauernd bewohnt waren. Durch den Krieg haben sich diese Verhältnisse wesentlich verschärft.

aufgebaut wurde, wurde der Artikel 155 in die Mitte der Grundrechte des deutschen Volkes gestellt, der Bodenreformartikel, der da verlangt, daß

Als das neue Reich aufgebaut wurde, wurde der Artikel 155 in die Mitte der Grundrechte des deutschen Volkes gestellt, der Bodenreformartikel, der da verlangt, daß **aller Mißbrauch mit dem Boden künftig ausgeschlossen** wird und jede deutsche Familie eine Wohnheimstätte oder Wirtschaftsheimstätte im Vaterlande erlangen kann.

Dazu verlangte die Nationalversammlung noch eine Reform des Enteignungsrechtes. Im Ständigen Beirat für Heimstättenwesen haben wir einen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Der Reichstag hat 1926 gefordert, daß dieser Entwurf vorgelegt würde. Es stimmten dafür Männer und Frauen aus allen Parteien. Im Juni 1929 hat der Reichstag erneut die Vorlage gefordert, und es ist zu erwarten, daß in den nächsten Wochen dieser Gesetzentwurf dem Reichstag zugeht. Sein Zweck ist, den Gemeinden die Pflicht und die Möglichkeit zu geben, Bodenvorratswirtschaft zu treiben, damit Heimstättenbildung möglich ist. Man glaubt leider in landwirtschaftlichen Kreisen, das koste zuviel Land. Aber selbst 1 Million Wohnheimstätten wären auf dem 30. Teil der Provinz Ostpreußen



Ostpreußische Heimstättentagung

unterzubringen. Und unserer Ernährung ginge dies Land nicht verloren. Aber es ist scharf zu unterscheiden, daß nur eine Bodenvorratswirtschaft „zur Durchführung des Artikels 155“ verlangt wird, d. h. daß

die Gemeinden selbst nicht spekulativen Mißbrauch mit dem Boden treiben dürfen, sondern den Boden billig abgeben müssen, damit wirklich Heimstättenbildung möglich wird.

Wer da will, daß unser Volk noch Kinder hat, die gesund an Leib und Seele aufwachsen können, wer da will, daß das deutsche Volk noch eine Zukunft haben soll, der muß deutsche Bodenreform wollen!

Die mit warmherzigem Humor gewürzten und von tiefem sachlichem Ernst getragenen Ausführungen des greisen Vorkämpfers der deutschen Bodenreformbewegung vermittelten der großen Versammlung starke Eindrücke. Wiederholte Zustimmungsaßerungen während der Rede und stärkster Beifall am Schluß zeigten, daß dieser Gewissensruf verstanden und aufgenommen wurde.

Nicht weniger herzlich begrüßt folgte nun der hochverdiente Vorkämpfer für gerechte Bodenwirtschaft im Dienste unseres Volkes,

Gen. Regierungs- und Ministerialrat Dr. Pauly vom Preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt mit einem Vortrag

„Der Heimstättengedanke in Gesetzgebung und Praxis“.

Er wies darauf hin, daß er die Provinz Ostpreußen, in der er über ein Jahrzehnt gewirkt habe und zwar längere Zeit als Landrat in Allenstein, als seine Heimat ansehe. Die Ostpreußische Heimstätte schaffe unter ihrem verdienstvollen Generaldirektor Nadolny überall Vorbildliches. Hier werden wohl mehr Heimstätten errichtet als in irgendeiner Provinz des Reiches, in diesem Jahre sollen es 1000 werden. (Stürmischer Beifall).

Pauly gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß es in Zukunft keine Mietkasernen mehr, sondern nur noch Einfamilienhäuser gibt. Die große Masse wohne in keinem Kulturlande so bedauerlich, wie in Deutschland. England hat seinen Vorsprung erreicht durch sein Bodenrecht. Das

Ergebnis der Mietkasernenwohnweise ist in den Großstädten eine außerordentlich starke Geburtenabnahme. Die dritte Generation der Großstadtfamilie ist im Durchschnitt steril. Der Handarbeiter wird in seinem Beruf zum Maschinenteil. Dem kann nur entgegengewirkt werden durch seine Tätigkeit und durch sein Leben außerhalb der Fabrik. Ministerialrat Dr. Mallwitz sagt, daß die Menschen infolge der Wohnweise an einer Art von „Stallfrankheit“ leiden, und daß Menschenaufbau dringend nottue, um den Weltfortschritt, den die Großstädte tatsächlich bedeuten, zu bewirken. Er zeigt an vielen Beispielen, wie man um billiges Geld an vielen Orten Eigenheime mit kleinen Gärten gebaut hat.

Wie helfen wir aber denjenigen Leuten, und das wird für absehbare Zeit die große Mehrheit bleiben, die noch in den Mietkasernen wohnen? In dem preußischen Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz ist die Möglichkeit vorgesehen,

Heimstätten ohne Häuser

zur Verfügung zu stellen. Das ist so gemeint, daß den Bewohnern der Mietkasernen, soweit sie es haben wollen, ein Kleingarten zur Verfügung gestellt wird und daß weite Gebiete im Stadtplan für diesen Zweck vorgesehen werden, damit diese Gärten den Miethausbewohnern dauernd erhalten bleiben. Die Heimstättengärten sind auch wichtig in bezug auf die Bindung des einzelnen an die Heimstätte.

Dr. Pauly durfte nicht nur für seine Ausführungen den herzlichen Dank der ostpreußischen Siedlungsvertreter entgegennehmen. Ostpreußen dankt seiner sachkundigen Hand und seiner tatkräftigen Arbeit manchen Gewinn auf dem Gebiete der Siedlung, der Kleingarten- und Pachtlandwirtschaft.

Die Tagung stand unter dem Thema „Arbeitnehmer und Heimstätte“. Das fand am Sonnabend abend in einer Massenversammlung in einem der großen Säle Königsbergs besonders sinnfälligen Ausdruck. Insbesondere Gewerkschaftler aller Richtungen waren der Einladung zu diesem Abend gefolgt. War es doch ein besonderes Ereignis, hier mit Dr. Damaschke die beiden Führer der deutschen Beamtenbewegung zu einer der brennendsten Tages- und Lebensfragen zu hören.

Zunächst sprach der Direktor des Deutschen Beamtenbundes

Ernst Remmers

über

„Beamtenpolitik und Bodenreform“.

In der Bodenreformfrage sei die Beamtenschaft vollständig einig. Sie ist durch die Erfahrung dahin gekommen, daß mit Wohnungsgeld oder beweglichen Steuerungszuschlägen ihr nicht grundlegend zu helfen sei. Auch alle Bestrebungen, die Preisbildung zu beeinflussen und die große Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis zu verringern, sind im großen und ganzen fehlgeschlagen. Auf alle Volksschichten lastet heute ein solcher wirtschaftlicher Druck, daß sich geradezu eine verbitterte Stimmung gegen die Festbesoldeten zeigt, während diese selbst bei allen Bemühungen nichts Durchgreifendes für ihre wirtschaftliche Sicherstellung haben erreichen können.

Die Bodenreform lehrt, daß eine Umgestaltung des Bodenrechts außerordentlich günstige Wirkungen auf die gesamte Preisbildung hat. Diese Lehre kann uns Rettung bringen. Mit zäher Ausdauer und Begeisterung haben die Führer der deutschen Bodenreformbewegung an ihrer Auffassung festgehalten. Die Gedanken der Bodenreform weisen auf ganz andere Steuermöglichkeiten für den Staat hin. Das Wohnheimstättengesetz kann, wenn es so angenommen wird, wie der Ständige Ausschuß es ausgearbeitet hat, ein grundlegendes Gesetz werden.

Wir alle stehen hinter diesem Entwurf.

Die Beamtenorganisationen haben den Wohnungsbau stark gefördert. In Potsdam allein sind 20 Prozent aller Wohnungen von den Beamten geschaffen worden. Auch auf dem Gebiete des Bauparkassenwesens sind die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft vorangegangen. In der Wohnungsfrage können wir nicht zurück zum privatwirtschaftlichen Mietkontrakt, der den Mieter rechtlos macht gegenüber dem Vermieter. Wir wollen ein soziales Wohnungsrecht, das den lebendigen Menschen über die Sache stellt. Gerade die Beamtenschaft muß führend sein bei der Bodenreform, nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse des ganzen Volkes.

Ueber

„Arbeitnehmer und Bodenfrage“.

sprach sodann der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes,

Albert Falkenberg, M. d. R.

Arbeiter, Angestellte und Beamte bilden eine Einheitsfront und zwar deswegen, weil sie mehr oder minder alle Gehaltsklassen geworden sind und die gleiche Unsicherheit der Existenz aufweisen. Das käme daher, daß der Arbeitnehmer im Laufe der Zeiten vom Boden getrennt worden wäre. Deswegen sollten sich alle wieder für die Heimstättenbewegung einsetzen, die eine Rückeroberung des verloren gegangenen Bodens darstelle. Auf eigener Scholle in einer gewissen Unabhängigkeit würde der Arbeitnehmer dann den Unilden des Lebens besser gerüstet gegenüberstehen. Bodenbesitz sei immer ein Mittel zur Beherrschung der nichtbesitzenden Menschen gewesen, da der Boden eben nicht vermehrbar sei. Die Entwurzelung des Menschen vom Boden sei eine Prämie für den Radikalismus.

Redner machte darauf aufmerksam, daß die letzte Kriegslastenverteilung noch nicht erfolgt sei. Hier hätten sich alle Arbeitnehmer in einer Einheitsfront zusammenzuschließen, damit in der Konsolidierungsperiode das Solidaritätsgefühl gestärkt würde. Insofern verführen die amerikanischen Industriekapitäne klüger, als sie nicht möglichst hohe Arbeitsleistung für möglichst geringen Lohn verlangten, sondern möglichst hohen Lohn geben bei geringer Arbeitszeit, damit der Konsum wieder steige. Die erste Aufgabe für die Arbeitnehmer sei der Wiedererringung des Bodens und schließlich die Sicherung einer gerechten Verteilung. Die Wirtschaft sei des Menschen wegen da und nicht der Mensch der Wirtschaft willen.

Das zündende Schlüsselwort zu diesen Darlegungen der beiden Beamtenführer sprach **Dr. Damaschke**.

Der Abend kann als ein besonders erfreulicher Erfolg für die Heimstättenarbeit in Königsberg gebucht werden. Er fand einen gemüthlichen Abschluß im kleinen Kreise,

wo noch manche wertvolle Anregung für praktische Arbeit getauscht wurde.

Am Sonntag früh eröffnet Dr. Damaschke die Tagung mit einem dringenden Appell an die Kreise, die sich „national“ nennen, sich in den Fragen der Bodenreform eine selbständige Ueberzeugung zu erarbeiten. Wer von vornherein ablehnt, der versündigt sich an der friedlichen organischen Entwicklung unseres Volkes. Diese Tagung ist gemeint als ein Stoß gegen Ihr Gewissen: was kann, was muß der Einzelne tun, um die hier erörterten Gedanken in seinem Berufskreise, in seiner Gemeinde zu einer Macht werden zu lassen.

Nunmehr folgt ein großangelegtes Referat von **Stadtrat Dr. Weber, Königsberg**, über

„Die Bodenwirtschaft der Stadt Königsberg“

Der Vortrag war eine sehr instruktive Einführung in die großen Schwierigkeiten großstädtischer Siedlungspolitik, gleichzeitig aber auch die Forderung an Kommunal- und Siedlungspolitiker, sich der großen Verantwortung bewußt zu sein, die auf großstädtischer Siedlungsarbeit lastet.

Generaldirektor Nadolny

von der Ostpreußischen Heimstätte behandelt

„Forderungen beim Bau einer Heimstätte“

nach der wirtschaftlichen Seite und machte bedeutsame Ausführungen über die Möglichkeit, den Heimstätten-gedanken tatkräftig zu fördern. Landarbeitereigenheime wurden von der Ostpreußischen Heimstätte gebaut: 1924: 27 — 1925: 123 — 1926: 236 — 1927: 362 — 1928: 499 — 1929 (in den ersten neun Monaten): 831. 2169 Anträge liegen bei der Ostpreußischen Heimstätte noch vor, die Eigenheime wünschen, leider fehlt augenblicklich das Geld dazu. Dieses plötzliche Anwachsen der Landarbeitereigenheime kommt daher, daß die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerverbände der Landwirtschaft ihre Errichtung jetzt als dringende Notwendigkeit erkannt haben.

Jeder Mensch mit einigem Sparsinn müßte in absehbarer Zeit in die Lage kommen, sich eine Heimstätte zu schaffen, die nicht nur Wohnraum, sondern gleichzeitig Anteil an einem Stück deutschen Bodens ist.

Der einzelne Heimstatter muß sich zum Gedanken der Heimstätte anders einstellen. Es ist doch vielfach so, daß der Heimstatter glaubt, es müßte für ihn eine kleine Villa geschaffen werden. Jeder darf verlangen, daß ihm eine wirkliche Heimstätte zum Eigentum geboten wird, daß er unabhängig wird vom Vermieter und von der Kündigung, daß ihm nicht allzu hohe Kosten aufgebürdet werden. Er darf aber nicht verlangen, daß ihm mehr Wohnraum gegeben wird, als ihm nach seiner Wirtschaftslage zusteht. Er muß daran denken, daß auch andere denselben Anspruch auf Zuwendung öffentlicher Mittel haben. Nur unter der Voraussetzung, daß **jeder sich einfügt in die allgemeine Bauwirtschaftsordnung**, kann eine Verbilligung des Wohnungsbaues für Heimstätten eintreten. Nur dann ist ein rationeller Heimstättenbau, die Aufstellung von Typen für Einzel- und Doppel- und Vierfamilienhäuser möglich.

Generaldirektor Nadolny besprach einige Typen, die die Ostpreußische Heimstätte in den letzten Jahren errichtet hat, und errechnete die Kosten und die Finanzierung. **Das Eigenheim mit Garten ist nicht teurer als eine Wohnung in einem großen Baublock.**

Zuletzt und doch nicht „zuletzt“ sprach dann

Johannes Lubahn

als Leiter des Heimstättenamtes der deutschen Beamtenschaft und Schöpfer der Beamtenbauparkasse über das Thema:

„Der Weg des Beamten zur Heimstätte“.

Seine Worte waren ein Ausruf an den ostpreußischen Beamtenkreis in allen Lagern, sich verantwortungsbewußt

bewußt und tatkräftig in den Dienst der bodenreform-
rischen Siedlungsaufgabe zu stellen. Der nächste Schritt
für uns ist der in die Praxis der Beamtenfiedlung, wie
sie die Beamtenbausparkasse erschließt. Er geht auf Sinn
und Bau der Beamtenbausparkasse ein.

Die Beamtenspitzenorganisationen haben auf Vor-
schlag Lubahns das Beamtenheimstättengesetz veranlaßt.
Der Zweck des Beamtenheimstättengesetzes ist, anstelle des
Gehaltssteils, der für eine bestimmte Reihe von Jahren
abgetreten wird, ein Kapital zu beschaffen. Dieses Ka-
pital kann als Ersatz des eigenen Geldes oder als Rest-
baugeld oder Restkaufgeld für eine Heimstätte verwendet
werden. Zur Durchführung des Beamtenheimstättenge-
setzes haben die Beamtenspitzenorganisationen die Be-
amtenbausparkasse (Berlin, Lessingstr. 11), gegründet.
Selbstverständlich können Heimstättendarlehen, die die Be-
amtenbausparkasse gewährt, auch als erste und zweite
Hypothesen eingetragen, also nicht nur als Restbaugeld
verwendet werden.

Die Darlehen sind zugunsten der Bauparer unkünd-
bar. Jeder Beamte kann kostenfrei Auskunft über das Be-
amtenheimstättengesetz von der Beamtenbausparkasse und
den Beamtenfiedlungsbeiträgen für Ostpreußen erhalten.

Die Ausführungen Lubahns wurden mit großem In-
teresse von den Delegierten entgegengenommen und ihr
Beifall soll auch den Dank ausdrücken für die opfervolle
Lebensarbeit unseres verehrten Freundes.

Im Anschluß an den Vortrag wird folgende Ent-
scheidung einstimmig angenommen:

Die zur Durchführung des Beamtenheimstätten-
gesetzes von den Beamtenspitzenorganisationen ge-
gründete Beamtenbausparkasse bietet jedem Beamten
die größte Sicherheit und die größten Vorteile. Jeder
Beamte, der eine Heimstätte besitzt oder erstrebt, soll
sich deshalb der Beamtenbausparkasse anschließen.

Queißer, Vertreter des A.D.B.

betonte, daß in den nächsten Wochen mit den verschie-
denen Körperschaften und Persönlichkeiten gründlich durch-
geprüft werden solle, was zur Förderung und Verwirk-
lichung unseres Zieles noch getan werden müsse. Diese
Tagung und ihre Ziele dienen nicht dem Einzelinteresse,
sondern dem kulturellen und sozialen Aufstieg unseres
ganzen Volkes.

Adolf Damaschke schließt

die Tagung: Wenn Bodenreformer aus allen politischen
und religiösen Lagern zusammenkommen, so gilt das erste
und letzte Wort unserem deutschen Vaterlande, das durch
unsere Arbeit auch ein gesegnetes deutsches Kinderland
werden soll. — Und das Hoch auf das Vaterland bil-
dete den Abschluß der Verhandlungen.

Die Heimstättentagung hat den ostpreußischen Be-
amten und weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft aller
Gruppen Grundlage, Umfang und Ziel unserer Heim-
stättenbewegung gezeigt. Daß dieser Wegweisung tat-
kräftige Arbeit in der erkannten Richtung folge, ist eine
Hoffnung auf ostpreußische Fähigkeit.

Sechste Zuteilung der Beamtenbausparkasse.

Am 6. Januar 1930 fand die 6. Zuteilung in den Räu-
men der Beamtenbausparkasse in Anwesenheit des Notars,
Justizrat Schumacher, und des stellvertretenden Treu-
händers, Herrn Dr. Damaschke, des bekannten Führers
der Bodenreform, statt.

Die Zuteilung war für diejenigen Abtretungsbeträge vor-
genommen, die bis zum 30. Juni 1930 auf Grund des Ab-
tretungsverfahrens eingehen müssen.

Johannes Lubahn erläuterte das Zuteilungsverfahren.
Die gleichberechtigten Sparer waren in besonderen Zuteilungs-
gruppen zusammengefaßt. Innerhalb dieser Gruppen ent-
schied das Los, das von nachstehenden Herren des Aufsichtsrats
und des Vorstandes der Beamtenbausparkasse sowie des Heim-
stättenamtes gezogen wurde: Rugler, Kaufmann, Friß, Liebow,
Führer, Dr. Raßner, Kemmers, Wagner, Lubahn.

Zugeteilt wurden an 69 Sparer insgesamt 424 000 M.
Seit dem Bestehen der Beamtenbausparkasse sind damit
510 Sparer mit einem Geldebtrage von 3 223 000,— M. aus-
gelost worden. Dazu treten 443 freie Darlehen im Gesamt-
betrage von 1 604 000,— M., die die Sparer sich gegen
Verpfändung der Abtretungsrechte selbst beschafft haben. Bei
einem Bestande von rund 4 800 Sparern konnten bisher
953 Darlehen in einer Gesamthöhe von 4 827 000,— M. bereit-
gestellt werden. Keine andere Bauparkasse konnte in so kurzer
Zeit ein gleich günstiges Ergebnis erzielen.

Wir lassen die Namen der Sparer folgen, denen diesmal
Darlehen zugeteilt werden konnten.

Lfd. Nr.:	Sparer:	Ausgeloster Betrag:
442	Oberpostsekretär i. R. E., Nossen	2 000
443	Pol.-Hauptwachtmeister Sch., Froburg i. Sa.	6 000
444	Eisenb.-Lademeister i. R. P., Gr. Auster	2 000
445	Heeresberpfl. Amtsdir. H., Königsberg (Pr.)	3 000
446	Oberweichenwarter J., Köln-Wariningen	3 000
447	Pol.-Hauptwachtmeister D., Saubach i. Thür.	3 000
448	Obersekretär i. R. E., Berlin-Cöpenick	3 000
449	Zollinspektor H., Landsbut (Bayern)	4 000
450	Geh. Rechn.-Rat. H., Potsdam	5 000
451	Studienrat H., Zwickau (Sa.)	4 000
452	Oberpostschaffner St., Berlin	4 000
453	Obertelegr.-Sekretär M., Siegen	4 000
454	Oberpostsekretär D., Markt Oberdorf (Bayern)	6 000
455	Telegr.-Assistentin St., Berlin	4 000
456	Studienrat W., Eisenruh (Bez. Hamburg)	10 000
457	Universitäts-Obersekretär E., Jena	4 000
458	Strassenoberaufseher B., Senden (Bayern)	4 000
459	Kammermusiker L., Altenburg (Thür.)	6 000
460	Wagenaufseher K., Straupitz (Schles.)	4 000
461	Kraftomnibus-Führer J., Dresden	4 000
462	Postinspektor B., Bad Segeberg	15 000

Lfd. Nr.:	Sparer:	Ausgeloster Betrag:
463	Oberzollsekretär L., Stettin	10 000
464	Steuerinspektor M., Frankfurt a. M.	9 000
465	Steuerassistent N., Zschopau (Sa.)	3 000
466	Zollsekretär B., Fürth i. Odenw.	4 000
467	Ratsobersekretär E., Meißen (Sa.)	6 000
468	Hausbewalter Sch., Schweningen a. N.	4 000
469	Postinspektor P., Kiel-Hafsee	6 000
470	Volkschullehrer H., Kamenz (Sa.)	5 000
471	Rangieraufseher M., Reibe (D.-S.)	6 000
472	Lokomotivführer E., Leipzig-Kleinjocher	8 000
473	Postassistent D., Berlin-Charlottenburg	4 000
474	Lokomotivführer B., Laubach (Oberhessen)	7 000
475	Weichenwärter K., Walportheim	8 000
476	Weichenwärter K., Breslau	6 000
477	Strassenwart G., Lannheim (Württbg.)	5 000
478	Stadinspektor K., Weimar	12 000
479	Zugführer B., Dbrighoven b. Wesel	6 000
480	Eisenbahn-Obersekretär Sch., Krozingen	10 000
481	Telegr.-Gehilfin B., Berlin-Charlottenburg	11 000
482	Postschaffner D., Fürth (Bayern)	6 000
483	Steuerbetr.-Assistent K., Liegnitz	7 000
484	Lehrer D., Kirchwärdler (Seefeld, Hamburg)	10 000
485	Oberfeuersekretär Sch., Limburg	6 000
486	Hauptwachtmeister W., Wurmshau (Bayern)	14 000
487	Postschaffner D., Kandrzin	10 000
488	Rektor Sch., Mühlhausen (Thür.)	2 000
489	Pol.-Hauptwachtmeister E., Ruhleben	4 000
490	Studienrat W., Dortmund	3 000
491	Lehrer W., Bertlich (Westf.)	2 000
492	Lehrer Sch., Glogau	4 000
493	Lehrer N., Creuzitz, Kr. Delitzsch	2 000
494	Mittelschullehrer Dr. K., Bln.-Zehlendorf	2 000
495	Hauptlehrer i. R. R., Burg i. D., Holstein	4 000
496	Gewerbeoberlehrer St., Berlin	5 000
497	Kreisauschuß-Obersekr. K., Ritterhude b. Bremen	2 000
498	Lehrer i. e. R. H., Jüntersbach, Kr. Schlüchtern	4 000
499	Lehrer E., Dobersdorf, Kr. Leobschütz (D.-S.)	9 000
500	Stadt-Ing. C., Charlottenburg	10 000
501	Krim.-Assistent K., Düsseldorf	6 000
502	Hauptlehrer K., Bisingen (Hohenzollern)	10 000
503	Lehrer G., Holsterhausen	10 000
504	Lehrer R., Bad Rudowa, Kr. Glatz	7 000
505	Lehrer Sch., Hennickendorf b. Straußberg	16 000
506	Dipl.-Handelslehrer i. R. D., Düsseldorf-Lohausen	8 000
507	Rektor H., Alt-Budkowitz (D.-S.)	10 000
508	Stadtsekretär M., Düsseldorf	10 000
509	Mag.-Berw.-Geh. Sch., Königsberg (Pr.)	6 000
510	Lehrer K., Bottrop (Westf.)	5 000
		zusammen 424 000

Bausparer:
Kurt Dunkel,
Justizinsp.,
Reichenbach
O.-L.



Darlehn der Beamtenbausparkasse: 8000 M. zu $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen
15jährig. Sparzeit, 36,05 M. monatl. Sparbetr. einschl. Sicher.-Zuschlag
Größe des Grundstücks: 963 qm
2 Wohnungen mit zusammen 140 qm Wohnfläche
Gesamtkosten: 20000 M.

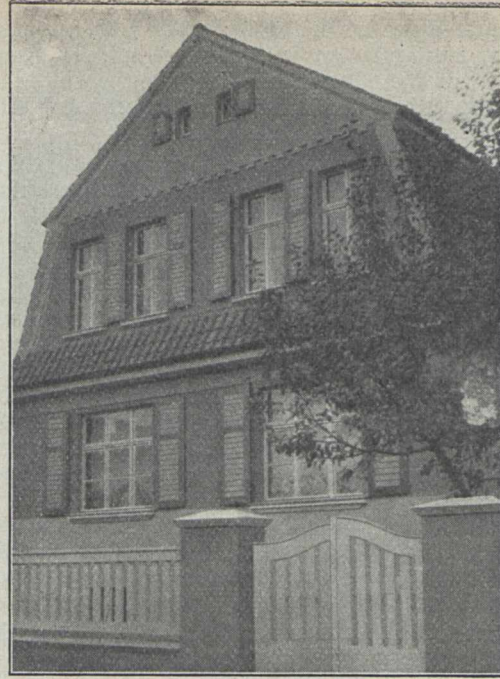
Finanzierung:

1. Hypothek	6000 M.	7% Zinsen	= 420 M.	+ 1% Tilgung	= 60 M.
2. Hausz.-H.	5000 "	1% "	= 50 "		
3. B.-B.-S.	8000 "	$4\frac{1}{2}\%$ "	= 360 "		
4. Big. Mittel	1000 "				
		Zinsen	= 830 M.	+ Tilgung	= 60 M.

Einnahmen:

a) Vermietung	300 M.		
b) Garten	50 "	=	350 M.
		Zinsen	= 480 M. + Tilgung = 60 M.

Bausparer:
Ernst Graebke,
Oberzollsekr.,
Salzwedel



Darlehn der Beamtenbausparkasse: 12000 M. zu $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen
15jährig. Sparzeit, 55,55 M. monatl. Sparbetr. einschl. Sicher.-Zuschlag
Größe des Grundstücks: 338 qm
2 Wohnungen mit zusammen 140 qm Wohnfläche
Gesamtkosten: 21000 M.

Finanzierung:

1. Hypothek	3000 M.	8% Zinsen	= 240 M.
2. Hausz.-H.	6000 "	4% "	= 240 "
3. B.-B.-S.	12000 "	$4\frac{1}{2}\%$ "	= 540 "
		Zinsen	= 1020 M.

Einnahmen:

a) Vermietung	540 M.		
b) Garten	— "	=	540 M.
		Zinsen	= 480 M.

Geschichte der Nationalökonomie.

Dr. Dr. Adolf Damaschke, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer und des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, hat einen großen Erfolg zu verzeichnen. Sein Werk „Geschichte der Nationalökonomie“ hat in diesen Tagen eine Auflage von 100 000 Stück erreicht. Es gibt kein ähnliches Buch, das eine so hohe Auflage erlebt hat. Das Werk ist in 2 Bänden erschienen, 961 Seiten stark, brosch. zu 10,— M., gebunden zu 13,— M. durch den Verlag Gustav Fischer-Jena oder durch die Buchhandlung Bodenreform, Berlin, Lessingstraße 11, zu beziehen.

Adolf Damaschke schreibt im Vorwort zu seinem Buch: „Als um die Wende des 19. Jahrhunderts „bewährte“ Formen zerbrochen und „ewige“ Rechte erschüttert wurden, als jeder Staat Europas vor die Wahl gestellt war: organische Reform oder gewaltfamer Umsturz?, sagte Goethe die Erfahrungen dieser Zeit in das Wort:

... Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Wir leben wieder in einer recht schwankenden Zeit. Das politische Leben in unserm Volke ist zerrissen. In einer Zeit des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts ist es geradezu verheerend, wenn Millionen Wähler nicht wissen, auf welche Seite sie sich stellen sollen.

Die Parteien wiederum schwanken. Soll hier eine Besserung eintreten, so müssen wir nach einer klaren Erkenntnis der inneren Zusammenhänge volkswirtschaftlicher und sozialer Vorgänge suchen und dürfen uns durch den häufig betäubenden Lärm des Tages nicht betören lassen. Dr. Adolf Damaschke gibt uns in seiner „Geschichte der Nationalökonomie“ eine Kulturgeschichte über Aufstieg und Niedergang der Völker. Er zeigt mit staatsmännischem Blick, wodurch alte Kulturvölker zugrundegegangen sind und zeigt

durch Jahrhunderte hindurch, wie sich volkswirtschaftliche Lehren in der Praxis bewährt haben. Bis in die letzten Jahre hinein werden volkswirtschaftliche Lehren wie der liberalen Schule, des nationalen Systems, des Kommunismus, des Anarchismus, der Bodenreform, in ihrer Auswirkung meisterlich dargestellt. Damaschke ist eine Führergestalt, wie sie in unserm Volke selten ist. Seine unbedingte Wahrheitsliebe, sein Gerechtigkeitsinn geben ihm die Kraft, Wahrheit und Irrtum überparteilich darzustellen. Wer sein Werk liest, erhält nicht nur eine große Bereicherung volkswirtschaftlicher, politischer Kenntnisse, sondern wird durch die hohe geistige und sittliche Kraft Damaschkes dazu geführt, die sozialen Notwendigkeiten unserer heutigen Zeit klar zu erkennen, um dann mit festem Sinn unserm Volke in seinen vielen Nöten dienen zu können. Als ich vor mehr als 25 Jahren die ersten Vorträge Damaschkes aus seiner Geschichte der Nationalökonomie hörte, fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Damaschke zeigte und zeigt heute noch klar und deutlich den Weg zum sozialen Frieden und zur sozialen Verständigung, den Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Ich schloß mich seiner Fahne an und blieb dieser Fahne treu und werde ihr bis zu meinem Ende die Treue halten.

Johannes Lubahn.

Mitteilungen.

1. **Ueberschüsse der Beamtenbausparkasse.** Nach Maßgabe der Spar- und Darlehnsbedingungen sollen alle Ueberschüsse den Sparern zugute kommen. Gegenwärtig kann damit gerechnet werden, daß die Sparer am Ende ihrer Sparzeit eine Rückvergütung von 25% der gezahlten Sicherungszuschläge erhalten.
2. „Die Heimstätte“ kann unmittelbar bei den Postämtern bestellt werden. Sie ist in der neuen Postzeitungsliste 1930 auf Seite 111 eingetragen. Verlagsort Potsdam, Bezugspreis vierteljährlich Mk. 1,—. Da bei einigen Postanstalten eine Verwechslung mit einer Zeitschrift mit ähnlichem Namen vorgekommen ist, weisen wir hierauf besonders hin.

Schriftleitung: Johannes Lubahn. **Verantwortlich für den redaktionellen Teil:** Max Wagner. **Verlag:** Heimstättenamt der deutschen Beamenschaft e. V. **Sämtlich:** Berlin NW 87, Lessingstr. 11. — **Druck** von Robert Müller, Potsdam.